

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

07. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

17. April 2013

**DGB**



1. MAI 2013

**GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.  
SOZIALES EUROPA.**

## **MAIKUNDGEBUNG & FAMILIENFEST 10.00 UHR - 14.00 UHR - MARKTPLATZ HALLE**

09.30 UHR - MUSIKALISCHES VORPROGRAMM

### **10.00 UHR - BEGRÜßUNG - GRUßWORT - MAIREDE**

ANITA REINICKE (DGB REGION HALLE-DESSAU)

DR. BERND WIEGAND (OBERBÜRGERMEISTER STADT HALLE)

DR. JUDITH KERSCHBAUMER (LEITERIN SOZIALPOLITIK - VER.DI BUNDESVERWALTUNG)

### **10.30 - 14.00 UHR RAHMENPROGRAMM**

GROßES QUIZ AM DGB-STAND MIT ATTRAKTIVEN PREISEN

CATCH BOLDER MIT HALLESCHEN LIEDERN

DGB JUGENDAKTIONEN UND STRABENTHEATER

KINDERPROGRAMM MIT DEUTSCHEM CLOWNTHEATER UND CLOWNI TONI

BAND JOE EIMER & DIE SKRUPELLOSEN

SIMULTANSCHACH MIT BUNDESLIGASPIELERIN TATJANA MELAMED & CLAUDIA ECKHARDT

SPIEL, SPAß UND BASTELN MIT JUGENDHAUS E.V UND

WIKIWIKI MAMOKUPONI MIT MOBILEN SPIELPLATZ, SPRUNGBURG U.V.M.

INFORMATIONSLANDSCHAFT

MIT GEWERKSCHAFTEN, PARTEIEN, VEREINEN UND VERBÄNDEN

FÜR DAS LEIBLICHE WOHL IST GESORGT

[www.halle-dessau.dgb.de](http://www.halle-dessau.dgb.de)



## Linke Zeitungen im 21. Jahrhundert

**Die halleche Bundestagsabgeordnete Dr. Petra Sitte lud zum Diskurs ein.**

Feedback sei wichtig, um gemeinsam mit dem Leser eine gute linke Zeitung zu gestalten, meinte Tom Strohschneider. Was als Wunsch und Aufforderung zu verstehen war, setzte der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ an das Ende einer spannenden Diskussionsveranstaltung im hallechen MMZ. Die Situation der linken Zeitungen im 21. Jahrhundert stand im Fokus des Diskurses, zu dem die halleche Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2013 Dr. Petra Sitte eingeladen hatte. Interessante Gesprächspartner und zahlreiche Gäste waren der Einladung gefolgt.

Ulrike Winkelmann von der taz, Gerd Siebecke von Linksnet und Heiko Hilker vom Institut für Medien, Bildung und Beratung hatten neben Tom Strohschneider im Podium Platz genommen. Die Krise der Printmedien bildete den inhaltlichen Ausgangspunkt der Diskussion, denn selbstverständlich müssen sich auch linke Tageszeitungen den vielfältigen Herausforderungen des digital getriebenen Medienwandels stellen. Welche Strategien sind dabei denkbar? Und: Sind linke Zeitungen im 21. Jahrhundert überhaupt noch notwendig?

Das sind sie – darüber herrschte wohl Einigkeit. Aber wie hält man Leser oder gewinnt neue dazu? Wollen Leser linker Zeitungen knallharte Politikberichterstattung und Hintergrundberichte oder wollen sie Inhalte, die Menschen in den Mittelpunkt stellen? Darüber werden die Meinungen sicherlich geteilt bleiben. Jedenfalls sind es Fragen, die sowohl auf Leserseite als auch in den Redaktionen diskutiert werden. Und das zum Teil sehr kontrovers, wie Ulrike Winkelmann für die taz bestätigte.

Schließlich wurde deutlich, dass auch eine linke Zeitung nicht davor gefeit ist, ihre Wirtschaftlichkeit im Blick zu haben. Dabei sei die Situation linker Zeitungen zumindest im Vergleich zu anderen Blättern schon immer prekärer gewesen, meinte Tom Strohschneider. Zur Realität gehöre eben auch, dass der Verfasser eines Kommentars, der aus guten Gründen für einen Mindestlohn von 10 Euro plädiert, weniger verdient. Vielleicht ist in solchen Fällen ein ausgeprägter Idealismus die Stärke einer linken Zeitung.

Bleibt unterm Strich ein sehr positives Resümee der Diskussion im hallechen MMZ zu ziehen. Es war



nicht die erste und mit Sicherheit auch nicht die letzte Veranstaltung, die Petra Sitte als Gastgeberin und Moderatorin erfolgreich, spannend und kurzweilig über die Bühne brachte.

### VertreterInnenversammlung 2013

#### Ergebnisse

#### **Listenplatz 1 - Dr. Petra Sitte**

abgegebene Stimmen: 117

gültige Stimmen: 117

Ja: 91,4 % (107 Stimmen)

#### **Listenplatz 2 - Jan Korte**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 116

Ja: 88,8 % (103 Stimmen)

#### **Listenplatz 3 - Katrin Kunert**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 116

Ja: 87,9 % (102 Stimmen)

#### **Listenplatz 4 - Roland Claus**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 115

Ja: 73,0 % (84 Stimmen)

#### **Listenplatz 5 - Dr. Rosemarie Hein**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 115

Ja: 69,6 % (80 Stimmen)

#### **Listenplatz 6 - Jörg Schindler**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 115

Ja: 69,6 % (80 Stimmen)

#### **Listenplatz 7 - Elke Reinke**

abgegebene Stimmen: 116

gültige Stimmen: 114

Ja: 67,6 % (77 Stimmen)

## Information

Liebe Genossinnen und Genossen,  
in seiner Beratung am Montag, dem 8. April 2013,  
verständigte sich der Geschäftsführende Parteivorstand  
zunächst zu aktuellen Fragen.

Die trotz des schlechten Wetters stabile Beteiligung an  
den über 60 Ostermarsch-Veranstaltungen in diesem  
Jahr wurde gewürdigt. Ein Stopp von Waffenexporten  
und Auslandseinsätzen gehörte ebenso zu den Forde-  
rungen der Partei wie die Absage an Kampfdrohnen  
für die Bundeswehr. Angesichts der angespannten  
Lage auf der koreanischen Halbinsel, des stockenden  
Rückzugs der Bundeswehr aus Afghanistan und von  
vielen weiteren Konflikten in der Welt bleibt das  
Friedensthema für DIE LINKE zentral. Das Waffen-  
handelsabkommen der UNO bewertet DIE LINKE  
in diesem Zusammenhang als einen ersten kleinen  
Schritt, der für das reale Exportverhalten jedoch  
zunächst kaum Änderungen bedeutet.

Die Verstrickung deutscher Banken in die systemati-  
sche Steuerhinterziehung erfordert seitens der LIN-  
KEN deutliche Worte. Die Lockerung des Bankge-  
heimnisses von Luxemburg ist absolut nicht ausrei-  
chend. Gefordert wird unsererseits die sofortige Ab-  
schaffung der Abgeltungssteuer auf private Kapitaler-  
träge und die gleichwertige Besteuerung von Einkom-  
men aus Arbeit und Einkommen aus Vermögen. Der  
Kampf gegen Steuerhinterziehung muss politische Prio-  
rität genießen, die Bundesregierung bleibt jedoch  
Taten schuldig. Noch vor 14 Tagen haben die  
Regierungsfraktionen im Bundestag eine Forderung  
der LINKEN zur Bildung einer Bundesfinanzpolizei  
abgelehnt. Auch diese Fragen gilt es im Zuge des  
Aktionstags UmFAIRteilen am kommenden Samstag  
zu thematisieren – der Geschäftsführende Parteivor-

stand bittet die Parteimitglieder um rege Beteiligung  
und hat diverse Materialien zur Verfügung gestellt  
(siehe hier: <http://www.dielinke.de/politik/aktionen/umfairteilen/>).

Am Samstag, dem 6. April wurde die Landesliste  
Hamburg aufgestellt, der Geschäftsführende Partei-  
vorstand gratuliert allen Gewählten, insbesondere Jan  
van Aken und Sabine Boeddinghaus, die auf Platz 1  
und 2 der Landesliste gewählt wurden.

Zur Vorbereitung auf die Sitzung des Parteivorstan-  
des am 13. und 14. April verständigte sich der Ge-  
schäftsführende Parteivorstand zur Tagesordnung und  
Vorlagen. Im Mittelpunkt wird die Beschlussfassung  
zum Leitantrag – den Entwurf für das Bundestags-  
wahlprogramm - an den Parteitag am 14. bis 16. Juni  
2013 in Dresden stehen. Weitere Themen sind die  
Kommunikationsstrategie für den Bundestagswahl-  
kampf, Satzungsänderungsanträge sowie weitere  
Vorlagen. Über die Beschlüsse wird danach in be-  
währter Form informiert (u.a. hier: <http://www.dielinke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20122014/beschluesse/>).

Zum Ende der Beratung wurden Konzept und Finan-  
zen für die Kreisvorsitzendenberatung am 4. Mai  
beschlossen, die Kreisvorsitzenden wurden bereits  
vorab eingeladen.

Den Wahlkampf unserer Kandidatin Kornelia Wehlan  
im Landratswahlkampf Teltow-Fläming (Stichwahl  
am 14. April 2013) unterstützt der Geschäftsführende  
Parteivorstand mit 3.000 Euro aus dem Fonds des  
Parteivorstandes.

Mit solidarischen Grüßen,  
Matthias Höhn

### Rassistische Eskalation in Vockerode:

### Zivilgesellschaft und Verantwortliche im Landkreis schweigen

no lager halle

c/o Infoladen

Ludwigstr. 37

06110 Halle/S.

caravan.halle@gmx.net

<http://ludwigstrasse37.de/nolager>

Tel. 01578/7622179

#### Pressemitteilung

Am vergangenen Oster-Wochenende kam es in  
Vockerode zu einem rassistischen Übergriff auf Flücht-

linge, die vom Landkreis dort zwangsweise unterge-  
bracht werden. Nachdem die drei Täter sie rassistisch  
beleidigt und mit Flaschen beworfen hatten, verfolgten  
sie die Flüchtlinge bis ins Treppenhaus eines der  
Wohnblöcke. Trotz Wachschutz konnten die Täter  
versuchen, in eine der Wohnungen einzudringen. All  
dies passierte direkt in Vockerode unter den Augen  
der Nachbarn.

Der Überfall und der Umgang von Polizei,  
PolitikerInnen und BürgerInnen Vockerodes zeigen,



dass die gegenwärtige Situation untragbar ist und endlich eine dezentrale und selbstbestimmte Unterbringung in Wohnungen in Wittenberg oder Gräfenhainichen gefunden werden muss. Denn es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Lage in Vockerode (oder in einer der anderen dörflichen Gemeinden im Landkreis) grundlegend verbessern wird.

Während sich die EinwohnerInnen Vockerodes sehr schnell darüber beschwerten konnten, in eine rechte Ecke gestellt zu werden, herrscht nach dem Übergriff Schweigen. Weder von Seiten der Bürgerinitiative, die nicht müde wurde, zu betonen, dass sie mit Nazis nichts zu tun und nichts gegen die Flüchtlinge habe, noch von offiziellen Stellen gab es bisher eine Stellungnahme.

Weder Medien noch Landkreis haben bisher versucht, direkt mit den betroffenen Flüchtlingen zu sprechen. Die Polizei befragte zwar am 5. April einige Flüchtlinge, hatte ihre Pressemitteilung jedoch schon Tage zuvor veröffentlicht. Diese wurde dann direkt oder über den Umweg dpa-Meldung von lokalen und regionalen Medien abgeschrieben. Die Polizei fantasierte in ihrer PM einen Flaschenwurf von Seiten der Flüchtlinge herbei, der sich ganz offensichtlich allein auf die Aussage der eigentlichen Täter stützt. Dadurch werden die Tatsachen verdreht und ein rassistischer Übergriff, bei dem Flüchtlinge bis in ihren Wohnraum verfolgt und dort angegriffen wurden, wird als „Auseinandersetzung“ dargestellt. So soll der Eindruck erzeugt werden, die Flüchtlinge seien selbst Schuld - ein gängiges Muster von Polizei und Behörden, um rassistische Übergriffe zu entpolitisieren und klein zu reden.

Die Flüchtlinge haben in der Vergangenheit mehrfach auf die Gefahr rassistischer Übergriffe und die feindselige Stimmung hingewiesen, die ihnen in Vockerode entgegenschlägt. So begannen direkt nach dem zwangsweisen Umzug aus dem Lager Möhlau nach Vockerode die rassistischen Beleidigungen auf offener Straße. In den Kommentaren verschiedener Websites, die sich mit dem Widerstand der Flüchtlinge solidarisierten, wurden immer wieder Gewaltan-

drohungen gepostet. Dies lässt eine weitere rassistische Eskalation befürchten. Eine Woche vor dem jüngsten Übergriff wurde der Briefkasten eines Flüchtlings zerstört. Angesichts der Bedeutung von Briefen für das Asylverfahren in Deutschland, ist auch die Bedeutung eines solchen Akts, der auf den ersten Blick wie harmloser Vandalismus aussehen mag, nicht zu unterschätzen.

Ebenso entlarvt der Übergriff das „Sicherheitskonzept“ von Politik und Verwaltung im Landkreis Wittenberg. Die Security vor Ort tat während des gesamten Angriffs am Osterwochenende nichts. Im Gegensatz dazu wurden FreundInnen und UnterstützerInnen der Flüchtlinge in Vockerode bei Besuchen mehrfach von den Securitys belästigt und ausgefragt. Sicherheit bedeutet also offensichtlich nicht den Schutz der Flüchtlinge. Vielmehr geht es um die ständige Kontrolle und Überwachung des Lagers.

Der Landkreis Wittenberg ist für die Unterbringung und Sicherheit der Flüchtlinge verantwortlich. Es war eine politische Entscheidung, dass die Flüchtlinge nach der Schließung des Lagers in Möhlau nicht dezentral in selbstgesuchten Wohnungen leben dürfen, sondern nach Vockerode umziehen mussten. Diese erste Eskalation der ohnehin rassistischen Grundstimmung in Vockerode liegt damit allein in der Verantwortung des Landkreises, der bisher nichts dafür unternommen hat, Übergriffe wie den vom Osterwochenende konsequent zu verhindern.

Als UnterstützerInnen der Flüchtlinge in Vockerode denken wir, dass dieser Übergriff, bei dem nur durch Glück und den entschlossenen Widerstand der Betroffenen Schlimmeres verhindert werden konnte, endgültig genug sein muss!

Wir fordern die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und endlich für eine dezentrale und selbstbestimmte Unterbringung der Flüchtlinge im Landkreis Wittenberg zu sorgen.

Solidarität mit den Flüchtlingen!

Lager abschaffen, im Landkreis Wittenberg und überall!

## JUGENDARREST – Nein, Danke!

**Fraktion DIE LINKE legt Entwurf eines Jugendarrestvollzugsgesetzes im Landtag vor und hält an der Forderung fest: JUGENDARREST – Nein, Danke!**

In der letzten Landtagssitzung machte ich namens der Fraktion DIE LINKE wiederholt deutlich, dass wir das Instrument „Jugendarrest“ wegen der nachgewiesenen nachhaltigen Wirkungslosigkeit ablehnen. Jugendarrest ist ein sogenanntes „Zuchtmittel“ und kann vom Jugendrichter für maximal vier Wochen verhängt werden. Der Begriff des „Zuchtmittels“ stammt aus der Nazizeit und hat bis heute leider unter keiner Bundesregierung eine Namensänderung gefunden. Hintergrund des Jugendarrestes ist, dass auf eine Straftat mit einem Freiheitsentzug reagiert werden soll, aber eben noch nicht mit einer Jugendstrafe, die in einer Jugendanstalt vollzogen werden würde. Es soll damit keine Strafe im eigentlichen Sinne sein, sondern vor allem ein STOP-Schild setzen. Studien der letzten Jahrzehnte haben jedoch bereits mehrfach nachgewiesen, dass dieses Erziehungsmittel meist ohne Erfolg ist. Die Rückfallquote liegt bei bis zu 80%. Daher hat die LINKE die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung dieser Sanktionsform einzusetzen, denn die Entscheidung über die Streichung der entsprechenden Norm im Jugendgerichtsgesetz obliegt dem Bundesgesetzgeber. Und dieser hat sich leider in der Vergangenheit eher nicht dadurch ausgezeichnet, den Empfehlungen der Fachleute zu folgen, sondern hat vielmehr Verschärfungen beschlossen. Die letzte, namentlich der „Warnschussarrest“, ist erst am 07.03.2013 in Kraft getreten.

Dennoch hat DIE LINKE zeitgleich einen Gesetzentwurf zum Vollzug des Jugendarrestes vorgelegt. Ein Widerspruch? Keinesfalls! Auf Landesebene stehen wir in der Verantwortung, den Vollzug des Jugendarrestes per Gesetz zu regeln.

Wir als LandespolitikerInnen sind dafür verantwortlich, dass es mangels gesetzlich festgeschriebener Standards bis heute gerade einmal eine halbe Stelle für Sozialarbeit in der Jugendarrestanstalt gibt. Die Europäische Union hat allen Nationalstaaten klar ins Stammbuch geschrieben: „Sanktionen oder Maßnahmen, die gegen Jugendliche verhängt werden können, so wie die Art ihrer Durchführung, müssen gesetzlich geregelt sein und auf den Prinzipien der Wiedereingliederung, Erziehung und Rückfallverhütung beruhen. Es müssen ausreichend Ressourcen und Personal zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass die Eingriffe in das Leben der Jugendlichen sinnvoll sind. Mittelknappheit darf niemals eine Rechtfertigung für Eingriffe in die Rechte von Jugendlichen sein.“ Diesem Auftrag sind wir mit dem Gesetzentwurf nachgekommen. Kerngedanke ist dabei die kompromisslose Abwendung vom bisherigen reinen Sanktionscharakter des Arrestes und hin zu einer konzeptionellen Zuwendung auf die Förderung und Erziehung der Jugendlichen. Daher auch unsere klare Forderung, dass am Ende der JVA-Strukturreform ein eigener, räumlich, personell und wirtschaftlicher getrennter Stand-

ort der Arrestanstalt existieren muss. Hiervon darf es keine Abstriche geben. Alles andere - wie etwa die Überlegungen, die Anstalt an der neu zu bauenden Großanstalt in Halle anzusiedeln - hat im höchsten Maße negative Auswirkungen auf die Jugendlichen. Ein weiterer wesentlicher Punkt des Gesetzentwurfes ist die sozialpädagogische Diagnostik, die in einem individuellen Förderprogramm münden soll. Konsequenterweise bedarf es eines komplett neu aufgestellten Teams in der Jugendarrestvollzugsanstalt, beginnend mit einer sozialpädagogischen Leiterin, die sich auf Augenhöhe mit der Vollzugsleiterin befindet. Wir brauchen neben dem Allgemeinen Vollzugsdienst dringend sozialpädagogisch ausgebildetes Personal. Nur so kann das aufgestellte Förderprogramm auch tatsächlich umgesetzt werden. Dies darf zudem keinesfalls mit Ende der Zeit im Jugendarrestvollzug enden, sondern muss dann Hand in Hand mit - im günstigsten Falle auch den Eltern, dem Jugendamt, der Schule bzw. der Ausbildungsstätte weiter betrieben werden. Es können nur in der Gemeinsamkeit nachhaltig Strategien für die Erziehung und Förderung der Jugendlichen entwickelt werden. Wir haben in diesem Bereich nichts mehr zu verlieren, sondern können nur noch hinzugewinnen. Und je früher wir erfolgreich Jugendlichen helfen, ihren Weg in ein straffreies Leben zu finden, umso höher ist der gesellschaftliche Nutzen; und JA, auch der spätere Einspareffekt. Zudem

hat sich DIE LINKE im Landtag dafür stark gemacht, dass das Schulgesetz geändert wird. Der Durchsetzung der Schulpflicht gegenüber Schülerinnen und Schülern mit administrativen Zwangsmaßnahmen lehnen wir klar als untaugliches Mittel ab. Im Vordergrund muss eine nachhaltige pädagogische und sozialpädagogische Arbeit stehen.

Wer sich für den Gesetzentwurf und den Entschließungsantrag interessiert, findet beides hier:

[http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d18851ge\\_6.pdf](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d18851ge_6.pdf); [http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d1886dea\\_6.pdf](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d1886dea_6.pdf)

Eva von Angern  
Rechtspolitische Sprecherin

**PREISSKAT** in Halle  
am Freitag, dem  
26. April 2013

Beginn: 14:00 Uhr Ende: gegen 18:00 Uhr  
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,  
Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linie  
3 sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße  
oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.  
Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch  
und 27 Spiele am Dreiertisch  
und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-  
verbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

17 April, 17 Uhr, Gesprächskreis für Gesellschafts-  
konzeptionen; Diskussion

**„Ermöglicht die Bundestagswahl einen  
Politikwechsel?“**

im Cafe und Bistro, mdr - Funkhauses, Salzgrafenplatz

**Linkes Blatt**

**Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 600 Exemplare  
**Spendeerbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
11.04.2013  
Redaktionsschluss der  
nächsten Ausgabe:  
25.04.2013

**Halle im Spiegel  
der Presse**

Das Hamburger Magazin „Der Spiegel“ hat unsere Stadt wieder einmal in den Blickpunkt gerückt. Folgender Wortlaut war in der Nummer 14 vom 30.03.13 zu lesen: „Halle gilt als eine der Hochburgen des Rechtsradikalismus in Deutschland, bei der Landtagswahl 2011 erhielt die NPD in manchem Viertel fast 10 Prozent der Stimmen. In einigen Ecken der Stadt ist es lebensgefährlich für Menschen mit dunkler Hautfarbe, nachts allein auf die Straße zu gehen“ Ein übles Bild wurde wieder einmal gezeichnet. Empörung darüber ist sogar in der MZ vom 9. April nachzulesen. An dieser Stelle muss man/frau sich fragen, sollen die rechtschaffenen Bundesbürger einen weiten Bogen um Halle machen. Als Gästeführer dieser Stadt stehe ich wöchentlich vor Besuchern aus Nah und Fern, und stets wird mir zum Abschluss bescheinigt, „das hätte ich nicht gedacht, was Halle für eine interessante Stadt ist“. Ja es stimmt, viele Gäste kommen mit Vorbehalt angereist, und dafür haben die Medien seit der Wende gesorgt. Zugegeben jeder Rechtsradikale ist in unserer Stadt einer zuviel. Wir sind davon nicht frei, um dem entgegen zu halten, setzen sich solche politisch verantwortlichen Genossinnen wie Anke Lohmann und Henriette Quade täglich ein. Vielleicht hätten sich die betreffenden Autoren auch mal mit denen unterhalten können. Zu erwähnen ist, manch jugendlicher Rechtsradikaler kennt die DDR nicht mehr, der man einen verordneten Antifaschismus andichtet. Diese Szene die uns heute begegnet, ist vornehmlich von der bürgerlichen Medienwelt und all den im Zusammenhang stehenden Alltagserscheinungen geprägt. In Bezug auf den Rechtsradikalismus lenkt das westdeutsche Establishment gern von den eigenen Schwächen ab und zeigt auf den Osten. Dieses Ablenkungsmanöver müssen wir seit Jahren über uns ergehen lassen. Nur gewöhnen können wir uns daran nicht.  
hajo .

## Heißer Kaffee gegen soziale Kälte – Protest gegen den Besuch von Frank-Walter Steinmeier an der MLU



(ag) An diesem Dienstag war der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier auf Einladung der Juso-Hochschulgruppe zu Gast an der Martin-Luther-Universität. Auf dem Flyer zur Veranstaltung hieß es: „Wie sieht das Leben der Studierenden heute aus? Welche Verbesserungen gibt es und wo ist noch nachzubessern?“. Dass die Hochschullandschaft seit Jahren unterfinanziert ist und die Unis daher aus allen Nähten platzen, scheint die Jusos nicht zu treffen. Nein, sie laden brüderlich Steinmeier ein, der mit der Agenda 2010 maßgeblich zu einer Vermögensumverteilung von unten nach oben beigetragen hat. Das Geld fehlt nun für die öffentlichen Ausgaben und trägt massiv zur prekären Situation, nicht nur an unserer Universität bei.

Daher begleiteten wir als SDS den Vortrag unter dem Slogan „Heißer Kaffee gegen soziale Kälte“ mit kostenlosem Kaffee, einem Info-Flugblatt zur Auswirkung der Agenda 2010 und der neuen SDS-Semesterzeitschrift „critica“ kritisch.

Kaffee und Kritik kamen jedoch nicht bei allen Studierenden gut an. Die OrganisatorInnen des Vortrages ließen es sich nicht nehmen, uns als „asozial“ und „unsolidarisch“ zu betiteln.

Das geben wir gern zurück, denn „unsolidarisch“ ist allein die Politik, für die die SPD im Bund, wie auch auf Landesebene eintritt und die Steinmeier bestens repräsentiert. Denn die Agenda 2010 steht für prekäre Beschäftigung, Lohndumping und staatlich verordnete Armut.

Daher ließen wir uns von den Beschimpfungen wenig stören, denn auch die überwiegende Mehrheit der VeranstaltungsbesucherInnen nahm die Intervention durchaus positiv und interessiert auf. Mit vielen konnten wir mindestens kurz über unsere Kritik diskutieren

und unsere Argumente auch noch einmal persönlich äußern. Kurz vor Beginn der Veranstaltung waren dann über hundert Becher Kaffee und eben so viele Flugblätter und Zeitungen unter die Leute gebracht.

### Unsere Erklärung zur Veranstaltung

An diesem Dienstag ist der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zu Gast an der Martin Luther Universität. Eingeladen haben ihn die Jusos und auf dem Flyer zur Veranstaltung heißt es: „Wie sieht das Leben der Studierenden heute aus? Welche Verbesserungen gibt es und wo ist noch nachzubessern?“ Dass die Hochschullandschaft seit Jahren unterfinanziert ist und die Unis daher aus allen Nähten platzen, scheint



die Jusos nicht zu treffen. Nein, Sie laden brüderlich Steinmeier ein, der mit der Agenda 2010 maßgeblich zu einer Vermögensumverteilung von unten nach oben beigetragen hat. Das Geld fehlt nun für die öffentlichen Ausgaben.

### Wir als SDS stellen uns durch folgende Erklärung gegen den Besuch des Agenda-Autors und für eine soziale Politik:

Die „Agenda 2010“ ist für den SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier „das wohl tiefgreifendste und erfolgreichste wirtschaftliche Reformprogramm in der Geschichte der BRD“. Darauf sei er stolz, erklärte Steinmeier der Süddeutschen Zeitung.

Doch worauf ist Steinmeier da eigentlich stolz? Als Kanzleramtschef der rot-grünen Regierung war er maßgeblich an den Hartz-Reformen beteiligt: Hartz IV, Leiharbeit, Niedriglohnsektor, Schwächung der Gewerkschaften, Rentenkürzungen, Steuergeschenke



für Reiche und Konzerne stehen in Wahrheit für den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik.

### Die Mythen der Agenda 2010

Das zehnjährige Agenda-Bestehen ist ein trauriges Jubiläum. Trotz der verheerenden sozialen Auswirkungen der Reformen halten sich Mythen über einen angeblichen Erfolg hartnäckig.

#### 1. Mehr prekäre Beschäftigung

Es wurde nicht mehr Arbeit geschaffen. Zugenommen hat lediglich die Anzahl prekärer Jobs. Die geleisteten Arbeitsstunden sowie die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen waren 2011 geringer als vor elf Jahren. Der offizielle Anstieg erklärt sich allein durch die stärkere Zunahme von Teilzeitstellen.

#### 2. Der Euro kriselt, weil Deutschland Lohn-Dumping betreibt!

Ohne die Agenda würde Deutschland heutzutage zu den „Krisenstaaten“ zählen, behaupten die damaligen Agenda-Autoren. Dabei wird verschwiegen, dass das von der BRD betriebene Lohn-Dumping zu extremen Außenhandelsungleichgewichten führt. Die BRD feiert sich dafür als Exportweltmeister. Die „Krisenstaaten“ häufen hingegen extreme Defizite an und müssen ihren Sozialstaat aufgrund der von der BRD forcierten Kürzungspolitik massiv abbauen.

#### 3. Verordnete Armut

Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde von allen parlamentarischen Parteien außer der LINKEN beschlossen. Seitdem wird lediglich der niedrigere Sozialhilfeszatz gezahlt. Erwerbslosigkeit führt damit fast zwangsläufig in die Armut. Sogar die Hartz-Kommission plädierte damals für einen höheren Satz. Doch die SPD überholte die Kommission rechts, um „Anreize“ zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.

#### 4. Ende der paritätischen Finanzierung

Die Agenda hat maßgeblich zu einer von der SPD verordneten massiven Umverteilung von unten nach oben geführt. So wurde der Spitzensteuersatz massiv gesenkt und das sozialstaatliche Grundprinzip der paritätischen Finanzierung aufgekündigt. Höhere Beiträge für die Arbeitnehmer, Einschränkungen des Leistungskatalogs und höhere Zuzahlungen bei Medikamenten waren die Folge.

**Links blinken, rechts fahren**

Die anstehende Bundestagswahl lässt die Sozialdemokraten links blinken. Im Wahlprogramm verspricht sie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro, eine Nachbesserung bei der Leiharbeit und die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent. Doch wer garantiert, dass die SPD bei einer Regierungsbeteiligung nicht erneut als Handlanger der Konzerne agiert? Noch während der großen Koalition hat sich die SPD gegen einen flächendeckenden Mindestlohn ausgesprochen. Die Geschichte hat gezeigt, dass die SPD keine Politik für die Menschen macht. Nein, es hat sich wieder einmal bewahrt: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten“. Die parlamentarische Alternative kann nur die LINKE sein.

**Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.**

**Wir gratulieren allen Genossinnen und  
Genossen, die im Monat April  
Geburtstag haben.**



**Verlag & Verlagsservice  
Fa. Schneidewind, Germarstr. 6,  
06112 Halle, Tel. (0345) 5170956.  
e-mail: kontakt@verlag-schneidewind.de**

### Das aktuelle Angebot:

Neu +++ Neu

Joachim Jahns „Der Warschauer Ghettokönig“, dingsda-verlag, 24,90 Euro,  
„Leben im Abriss“ Schwarzwohnen in Halle an der Saale, Hasenverlag, 12,80 Euro,  
Simone Trieder „Ich verbinde“ – die ehemalige Hauptpost in Halle, Hasenverlag, 12,80 Euro,  
Simone Trieder „1000 Jahre Halle“, Hasenverlag, 13,80 Euro.  
Stadtplan von Halle, Preis: 3,80 Euro  
Epperbuch Nr. 5 „Verzeihung“, Preis: 4,00 Euro.